

Steilvorlage durch die Verwaltung: Der Ortsbeirat Kürenz bedankt sich und stimmt zu

Gestern, am 23.02.12, tagte der Ortsbeirat Kürenz erneut wegen nur eines Tagesordnungspunktes, der vom Bauamt der Stadt Trier vorgegeben wurde. Nachdem die Propagandafractionen sich in „geschlossener Sitzung“ im Dezernatsausschuss IV. gegenseitig verständigt hatten, muss – so sieht das politische Prozedere vor – noch der entsprechende Ortsbeirat angehört werden. Dieser muss noch vor der kommenden Stadtratssitzung (am 28.02.12) Stellung beziehen, damit der Stadtrat eine formal endgültige Entscheidung treffen kann. Die gestrige Vorlage 013/2012 befasste sich mit dem Bebauungsplan BU 22 „Kasino Petrisberg“. Eine private Investorengruppe wollte in diesem Gebäude, das zur ehemaligen Kronenbebauung der französischen Garnison gehörte, ursprünglich eine private Universität mit integriertem Studentenwohnheim für hochbegabte Juristen bauen. Diese Vorhaben musste nun aufgegeben werden, weshalb der neue Bebauungsplan für das „erhaltenswerte ehemalige Kasinogebäude“ greifen soll. Letztendlich kommt es aber überhaupt nicht auf die Inhalte der Bebauung an. Denn ob dort nun noch ein weiteres Studentenwohnheim gebaut werden wird, oder – wie jetzt auch vorgesehen – aufgrund der beschlossenen Mischbebauung weitere Wirtschaftsunternehmen angesiedelt werden, interessiert im Ortsbeirat Kürenz niemanden mehr!

Einzig wichtig ist hier nur noch die Begründung der Stadt Trier für den Aufkommenden (neuen) und teilweise zusätzlichen Individualverkehr auf dem Petrisberg selbst sowie die Auswirkungen auf die Zufahrtsstraßen im Aveler Tal und in der Avelsbacher Straße. (Eine einzelne CDU-Ortsbeirätin weigert sich beständig von einem Verkehrsproblem in der „Avelsbacher Straße“ zu reden. Sie verweist permanent lediglich darauf, dass „die Anwohner im ‚Aveler Tal‘ stinksauer auf die Stadtverwaltung seien!“ – Wer aber so feine Unterschiede zu machen bereit ist, der hat schon das eigentliche Problem aus den Augen verloren – ohne es selbst überhaupt zu merken, denn bekanntlich liegen beide Straßen nacheinander an derselben Landstraße, wobei sich im unteren Bereich die Verkehrsproblematik aufgrund des „Tunneleffektes“ noch potenziert!)

In Bezug auf die Lösung dieser seit Jahrzehnten allseits erkannten Verkehrsproblematik, tat sich in der oben genannten Verwaltungsvorlage jetzt aber erstaunliches. Zunächst dachten die Ortsbeiräte an einen verspäteten Faschingswitz der Verwaltung. Dann aber machte sich Bewunderung breit, über den endlich einmal erfolgten „Einsatz der vorhandenen Vernunft“ in der Stadtverwaltung, den der Landesrechnungshof unlängst eigens eingefordert hatte. Und in der Tat. Der Ortsbeirat zollte am Ende der Sitzung einstimmig großes Lob für die Stadtverwaltung, was ansonsten eher sehr selten der Fall ist. – Was war passiert?

In der formalen Begründung der Stadtverwaltung Trier fanden sich in der aktuellen Vorlage (!) vom 23.02.2012 für den Ortsbeirat Kürenz folgende Argumentationen:

Auf Seite 7 der Begründung für den neuen Bebauungsplan stand in der Vorlage wörtlich, dass es „Ziel der Stadt ist insgesamt eine Entlastung vom Kfz-Verkehr und eine Verlagerung auf den ÖPNV“ (S.7) zu erwirken. Dafür sein „eine Trasse für ein öffentliches Personennahverkehrsmittel planerisch berücksichtigt“ (S.7) worden! Allerdings: „Die genaue Lage der Trasse und ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend festgelegt. [...] Zwischenzeitlich wird der ÖPNV mit Buslinien auf dem Boulevard versorgt.“ (S.7)

Soweit, so gut. Hier steht nichts Neues, außer, dass die Stadt zur Entlastung von Altkürenz durch den so genannten „Petrisbergaufstieg“, der entweder als „Seilbahn“ angeplant oder als „Busspur“ vorgesehen war, noch immer keine vorzeigbare Planung besitzt und „zum jetzigen Zeitpunkt“ noch

nichts entschieden hat, ja noch nicht einmal etwas „abschließend“ geplant habe. – Die „Seilbahn“ wird nicht kommen, weil es städtebauliche Einwände gegen eine Seilbahn gibt, die nicht über eine Wohnbebauung geführt werden darf, sondern dann auf dem Petrisberg untertunnelt werden müsste. – Etwas, was blanker Unsinn ist! Eine „direkte Busspur auf den Petrisberg“ wird aber ebenfalls nicht realisiert werden, was übrigens schon das OVG-Koblenz im ersten Normenkontrollverfahren gegen die Stadt Trier im Jahre 2004 bestätigt hatte, weil die Gesamtkosten von ca. 100 Millionen Euro weder für die Stadt noch für das Land oder den Bund zu finanzieren seien. – Auch das barg keine Überraschung. Allerdings zeigte die Verwaltung auf Seite 28 den lange vermissten Verstand erstaunlicherweise.

Unter dem Punkt „Verkehrliche Erschließung“ befasst der aktuelle Bebauungsplan, der uns am 23.02.2012 im Ortsbeirat Kürenz vorgelegt wurde, folgenden Passus, den ich der Freude halber vollständig zitieren möchte. „Es besteht das Ziel“, so formuliert die Verwaltung dort, den Stadtteil Altkürenz auf die folgende Weise zu entlasten:

„Für den Stadtteil Altkürenz soll eine Entlastung durch Schaffung einer neuen Verbindung zwischen Aveler Tal und Metternichstraße erfolgen. Das hierzu eingeleitete Planverfahren (vgl. Drucksachen 082/2002 und 469/2001) soll so terminiert werden, dass bis Ende 2003 (!) Planrecht besteht und auch bis zu diesem Zeitpunkt Verhandlungen über eine Bezuschussung bzw. Gesamtfinanzierung der Maßnahme durch das Land abgeschlossen sind.“ (Seite 28)

Als ich diesen Passus gestern im Ortsbeirat vorgelesen hatte, brach anhaltendes Freundengelächter im Ortsbeirat aus. Die zunächst eher skeptische Grundstimmung gegen den neuen Bebauungsplanentwurf der Stadt kippte von einem Moment zum anderen um in eine abschließende „einstimmige Bejahung“, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Ortsbeirates (!), dass die Stadt diesen Passus wortwörtlich auch im endgültigen Bebauungsplan belässt!

Man muss sich dies einmal vorstellen:

Die Verwaltungsvorlage schreibt im Jahre 2012, dass die „Verhandlungen über die Bezuschussung bzw. Gesamtfinanzierung“ der Umgehungsstraße Kürenz über den Grüneberg bis zum Jahr „2003“ (!) „abgeschlossen sind“ (!), wobei das Land RLP sogar eine „Gesamtfinanzierung der Maßnahme“ (!) übernehmen soll – und zwar bis zum Jahr 2003!

So eine böse Stadt! – Das hat das Baudezernat aber die ganze Zeit – zwischen 2003 und 2012, also fast zehn Jahre – völlig verschwiegen, dass sie schon seit 2003 mit dem Land eine „abgeschlossene“ (!) „Gesamtfinanzierung der Maßnahme“ vorliegen habe.

Ich werde noch heute den zuständigen Finanzminister des Landes Rheinland Pfalz über diesen - lange verschwiegenen Finanzierungssachverhalt – informieren und mich herzlich bei ihm bedanken. Denn schon im Jahre 2004 (!) – also ein Jahr nach der vermeintlichen Einigung zwischen Mainz und Trier im Jahre 2003 - hatte ich im Auftrag der Bürgerinitiative „Lebenswertes Kürenz“ einen Brief an das Ministerium in Mainz geschrieben, in dessen Rückantwort durch den damaligen Minister Bauchhage explizit stand, dass das Land seiner Verpflichtung durchaus nachkommen wolle, sobald die Stadt Trier ihrerseits ihre Planungen abgeschlossen und beantragt habe. - Wohlauf! Es lohnt sich, die Verwaltungsvorlagen der Stadt Trier immer genau zu lesen, was ich im Übrigen tue!

Johannes Verbeek Trier, den 24.02.2012